

Rundfunkbeitrag wird empfohlen: Kommission rät zu Erhöhung auf 18,94 Euro

Mit der Vorlage des Berichts der KEF wird eine moderat erhöhte Rundfunkabgabe für ARD, ZDF und Deutschlandradio empfohlen. Die Rundfunkfinanzierung hat bereits negative Auswirkungen auf das Programm und die Beschäftigung. Populistische Parolen gegen die Beitragserhöhung schaden einem vielfältigen Rundfunksystem. Verdi fordert tarifliche Verbesserungen und bessere Arbeitsbedingungen für Medienschaffende. Kontakt: pressestelle@verdi.de.

Der Bericht der Kommission zur Ermittlung des Finanzbedarfs (KEF) empfiehlt eine Erhöhung des monatlichen Rundfunkbeitrags von derzeit 18,36 Euro auf 18,94 Euro. Diese Erhöhung von 3,16 Prozent fällt geringer aus als die Inflation während des Beitragszeitraums. Die knappe Rundfunkfinanzierung hat bereits zu Programmabbau und Beschäftigungsverlust bei Freien Mitarbeitenden in den Sendern, geringerer Beauftragung und knappen Budgets bei Spielfilmen, Hörspielen und dokumentarischen Formaten geführt. Darüber hinaus hat sie die technische Entwicklung des Rundfunks bei digitalen Verbreitungswegen eingeschränkt.

Christoph Schmitz, Mitglied des ver.di-Bundesvorstandes und zuständig für Medien, mahnt, dass die von der KEF empfohlene Erhöhung zu weniger Programm und erheblichem Druck auf die Rundfunkbeschäftigten führen wird. Zudem wird das technische Leistungsangebot bei ARD, ZDF und Deutschlandradio hinter den Erwartungen der Gesellschaft zurückbleiben. Schmitz betont, dass die grundgesetzliche Rundfunkfreiheit die

Entwicklungsgarantie einschließt und Populismus und Wahlkampfparolen gegen die Beitragserhöhung nicht verfassungsgemäß sind. Er warnt vor einer Stimmung gegen das duale Rundfunksystem, das mit digitalen Streaming- und Medienplattformen konkurriert.

In der laufenden Tarifrunde setzt sich ver.di für die Verbesserung der Vergütungen und Arbeitsbedingungen der Freien und Angestellten sowie der Film-/Fernsehschaffenden in Auftragsproduktionen ein. Tarifierhöhungen von 10,5 Prozent bzw. 500 Euro Mindesterhöhung sollen einen Inflationsausgleich darstellen und Medienschaffende an die Sender binden, um dem Fachkräftemangel entgegenzuwirken. Dies trägt auch zur Entwicklung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks bei.

Tabelle:

Rundfunkbeiträge in Deutschland

Jahr Rundfunkbeitrag (in Euro)	
—— —————	
2022	18,36
2024	18,94
...	...
...	...

Historische Fakten: Der Rundfunkbeitrag wurde erstmals 1923 in Deutschland eingeführt. Seitdem gab es mehrere Erhöhungen und Anpassungen des Beitrags. Die aktuelle Diskussion um die Erhöhung des Rundfunkbeitrags auf 18,94 Euro ist Teil der immerwährenden Debatte über die Höhe der Rundfunkgebühren und die Finanzierung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks.

Quelle: **ver.di Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft / ots**

Besuchen Sie uns auf: n-ag.de